



Antwort der Stiftung Familienunternehmen auf den Brief des BDI-Präsidenten Hans-Peter Keitel

Von Prof. Dr. Dr. h.c. Brun-Hagen Hennerkes, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen

Der Brief des BDI-Präsidenten Hans-Peter Keitel geht an den Sorgen und Bedürfnissen der größeren deutschen Familienunternehmen und auch der deutschen Bevölkerung vorbei. Er will kurz vor der geplanten Verabschiedung des dauerhaften Rettungsschirms eine historische Würdigung des Euro abliefern. Doch seine Worte widersprechen den bisherigen Erfahrungen mit der Europapolitik. Für die Familienunternehmen kommt es ohnehin primär auf die Zukunftsfähigkeit der Währungsunion an: Was bringt sie und was kostet sie?

Zu den wesentlichen Punkten des BDI-Präsidenten im Einzelnen:

1. Ist es kurzsichtig, über eine Verkleinerung der Eurozone zu reden, wie er behauptet? Da ist sogar der FDP-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Rainer Brüderle, anderer Meinung. „Meine persönliche Einschätzung ist, der Euro wird überleben, ich bin mir aber nicht sicher, ob mit 17 Mitgliedern“, sagte er kürzlich beim Tag des deutschen Familienunternehmens in Berlin. Sollen Unternehmer ihre Bedenken verstecken, wenn sich der wichtigste FDP-Koalitionspolitiker und frühere Wirtschaftsminister zu so viel Klartext durchringt?

Mit einer nationalen Währung, die abgewertet werden kann, wäre die griechische Wirtschaft eher in der Lage, wieder wettbewerbsfähig Waren und Dienstleistungen anzubieten. Das Dogma, wonach unter keinen Umständen ein Land die Gemeinschaftswährung verlassen darf, bedeutet für die Griechen eine besondere Härte.

Wen sollen wir retten? „Wie im Fall Griechenland ist die größte Hoffnung der privaten Gläubiger nicht eine Verbesserung der Situation des Schuldnerlandes, sondern das finanzielle Engagement des europäischen Steuerzahlers. So finden alle Strategien einer Vergemeinschaftung der Schulden durch den ESM, Eurobonds oder eine Bankenunion die größte Zustimmung in Washington und London“, schreibt Harald Hau, Währungsexperte an der Genfer Universität, über die Krise in Spanien.



2. Der BDI versucht den Exporterfolg deutscher Unternehmen in eine Verpflichtung umzumünzen. Deutschland müsse noch mehr finanzielle Transfers als bisher an die schwachen EU-Staaten leisten. Deutschland ist aber kein Ablass-Sünder. Harte Arbeit mit international wettbewerbsfähigen Produkten, niedrigen Lohnstückkosten und hoher Produktivität hat die Basis für den Exporterfolg begründet – nicht aber in erster Linie die Gemeinschaftswährung. Deutsche Arbeitnehmer haben –anders als zum Beispiel in Frankreich – auf hohe Lohnzuwächse verzichtet. Wie will die deutsche Politik ihnen erklären, dass dieser Erfolg jetzt auf europäischer Ebene sozialisiert werden soll?

3. Die Behauptung, die europäische Integration sei eine reine Erfolgsgeschichte, ist realitätsfern. Die Einführung des Euro war vorschnell. Sie hat für viele Länder, so auch für Deutschland, gewaltige Risiken gebracht. „Ex-Kanzler Helmut Kohl hatte Recht“, sagt selbst der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz: „Die Währungs- und Wirtschaftsunion ohne die politische Union ist eine Fehlkonstruktion.“

Immer mehr rutscht Deutschland in die Rolle eines weißen Ritters für überschuldete Euro-Staaten; ebenso ersehnt und verhasst. Ein Auseinanderfallen in Schuldner und Gläubiger zerstört die gute Nachbarschaft auf dem alten Kontinent. Der ehemalige Chef-Volkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), Ottmar Issing, warnt zu Recht: „Ein Deutschland, das in falsch verstandener Solidarität durch die Übernahme unübersehbarer Verpflichtungen am Ende in Schulden ertrinkt, wird den Zorn seiner Bürger heraufbeschwören und sie noch weiter von der europäischen Idee entfernen, als dies inzwischen unglücklicher Weise schon der Fall ist. Der Zukunft Europas würde Deutschland damit einen Bären dienst erweisen.“

4. Mit dem Vertragsgrundsatz, kein Staat kann damit rechnen, von der Gemeinschaft aus dem Schuldenturm befreit zu werden, ist die Europäische Union einstmals angetreten. Mit dieser Absicherung wurde den Deutschen der Verzicht auf die Mark verkauft. Das soll alles laut Keitel nichts mehr wert sein, weil „die Märkte die No-Bailout-Klausel aufgrund der potenziell erheblichen Auswirkungen eines Staatsbankrotts für nicht durchsetzbar hielten“. Sind verfassungs-ähnliche Grundsätze Europas von Annahmen der Finanzmarkt-Akteure und Devisenspekulanten abhängig? Zyniker mögen dies bejahen, mit vertrauensbildender Politik hätte eine solche Entwicklung nichts zu tun.



Die Chancen auf eine realistische und verantwortungsvolle Finanzpolitik sind leider nicht gestiegen, erst recht nicht, wenn – wie aus Frankreich gefordert – eine irgendwie geartete Vergemeinschaftung der Schulden kommt, bevor echte Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten auf europäischer Ebene existieren.

5. Die Abgeordneten im Deutschen Bundestag, die am Freitag über den dauerhaften Euro-Rettungsschirm zu befinden haben, sind nicht zu beneiden. Das Risiko für den deutschen Steuerzahler aus der Umwandlung von Garantien in Zahlungsverpflichtungen ist deutlich gestiegen. Auch Kanzlerin Angela Merkel warnt anders als Keitel vor einer „Überforderung Deutschlands“. Die Verfassungsrichter in Karlsruhe wollen sich ihr Prüfungsrecht nicht nehmen lassen. Offenbar sind es wohl mehr als „Spekulationen und Mutmaßungen“, die von einer Unterschrift unter den Rettungsschirm ESM abhalten.

Der vom BDI-Präsident eingeschlagene Kurs wird in den Abgrund führen und das deutsche Volksvermögen noch weiter als bisher schon gefährden. Eine Vergemeinschaftung von Finanzrisiken anzustreben, wie etwa durch Eurobonds oder eine Bankenunion, widerspricht fundamental dem von den Familienunternehmen stets verfolgten Prinzip der Nachhaltigkeit.

Der richtige Weg besteht darin, sich auf ein Ausscheiden der wirtschaftlich schwachen Peripheriestaaten aus der Währungsunion vorzubereiten und damit den Euro für die soliden Kernstaaten abzusichern und zu erhalten. Alles andere wäre eine ungewisse Wette auf die deutsche Zukunft.

Stiftung Familienunternehmen
Prinzregentenstraße 50
D-80538 München
Tel.: +49 (0) 89 / 12 76 400 03
Fax: +49 (0) 89 / 12 76 400 09
Mobil: +49 (0) 172 / 232 45 29

mail: krenek@familienunternehmen.de
www.familienunternehmen.de